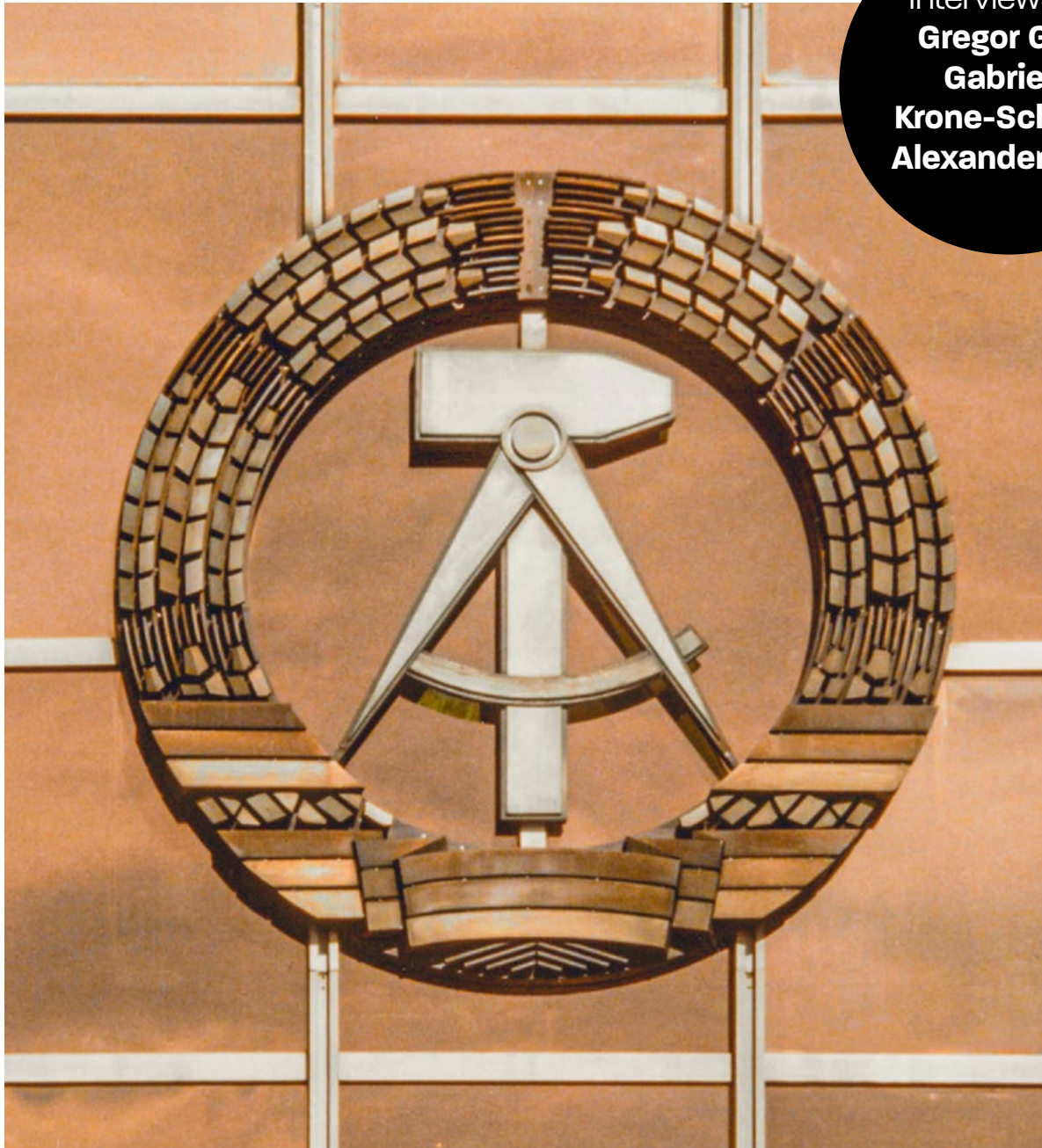


Hintergrund

11
|
12
|
23

Interviews mit
Gregor Gysi,
Gabriele
Krone-Schmalz,
Alexander Rahr



36099 8,80 € [D] 9,80 € [A] 9,90 € [LU] 12,80 sFr. [OH] partei-, staats- und konzernunabhängig www.hintergrund.de

Die DDR: Was bleibt

Yana Milev
Der Vollstreckungs-
feldzug der
Treuhänder

Stefan Bollinger
Warum die DDR
nicht stirbt

Jacques Baud
Rückkehr zum
Völkerrecht

Kees van der Pijl
Wiederherstellung
der multipolaren
Welt

Klaus-Jürgen Bruder
Vorhersage
und Kontrolle von
Verhalten

419-36099-0880-1 12

◀ Teilansicht der Westfassade des Palastes der Republik, 1989

© picture-alliance / akg-images / L. M. Peter

▶ Teilansicht der Westfassade des Palastes der Republik, 2006

©picture alliance / imageBROKER | dirk entens



DOR
IN S
UND
SCH
BEV
UR

Die DDR: Was bleibt

Yana Milev Vollstreckungs- feldzug der Treuhandanstalt

6

Die Autorin räumt in ihrem Beitrag mit zahlreichen Mythen über die Entstehung und die Arbeit der Treuhandanstalt auf.

Stefan Bollinger Warum die DDR nicht stirbt

10

Kann die DDR aus der deutschen Geschichte gestrichen werden oder bietet sie Anregungen für einen Wandel der neuen, größeren Bundesrepublik?

Matthias Krauß Besser als die beste aller Welten

14

Die DDR im Spiegel des berühmten »Utopia« – über die frappierende Ähnlichkeit des Traumstaates von Thomas Morus aus dem 16. Jahrhundert mit dem ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaat im 20. Jahrhundert.



Interview mit Gregor Gysi (1)

18

Erster Teil eines Interviews mit Gregor Gysi zum Erbe der DDR, zu ihrem Rechtssystem, der Treuhandanstalt und den aktuellen Problemen der Linkspartei.

Hans Bauer Die DDR auf dem Weg zum sozialisti- schen Rechtsstaat

23

Der letzte stellvertretende Generalstaatsanwalt der DDR legt in einem Gastbeitrag seine Sicht dar auf die Entwicklung des Justizwesens in der DDR bis zum Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes.

Cui bono?

26

Am 1. April 1991 wurde der damalige Treuhand-Chef Detlev Karsten Rohwedder durch einen gezielten Fernschuss in seinem Haus getötet. Der Mord wurde bis heute nicht aufgeklärt.

Michael Meyen Das Erbe der DDR-Medien

30

Der Professor für Kommunikationswissenschaften ist der Ansicht, dass die Medien der DDR einen wichtigen Erfahrungshorizont in das vereinigte Deutschland einbringen könnten.

Interview mit Dietmar Koschmieder (1)

31

Über den steinigen Weg des einstigen FDJ-Zentralorgans *Junge Welt* bis heute.

Frank Schumann Ewige Wahrheiten

33

Die (Kurz)Geschichte eines ehemaligen DDR-Agenten, der nach dem faschistischen Putsch 1973 in Chile half, gefährdete Politiker außer Landes zu schmuggeln.

Peter Gärtner Chile zwischen Aufbruch und Restauration

23

Fünfzig Jahre nach dem blutigen Putsch vom 11. September 1973 leidet Chile immer noch unter dem Erbe der Diktatur von General Augusto Pinochet.



Interview mit Gabriele Krone- Schmalz

38

Die frühere Moskau-Korrespondentin und heute angefeindete Autorin wundert sich, warum sich die Mehrheit der deutschen Politik auf der Seite der Scharfmacher und nicht der Friedensdiplomaten engagiert.

Jacques Baud Ein neues Paradigma

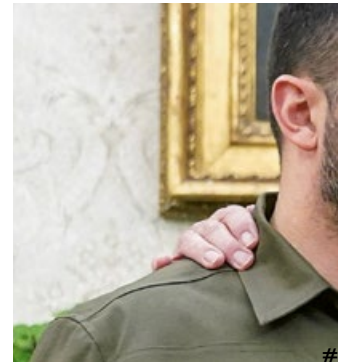
41

Seit langem gibt es eine Entwicklung zur Abkehr vor allem der transatlantisch-westlichen Staaten vom System des Völkerrechts. An dessen Stelle ist zunehmend nun die Rede von der »regelbasierten Ordnung«. Aus Sicht des Autors ist die Rückkehr zu einer rechtsbasierten internationalen Ordnung nötig.

Kees van der Pijl Was steht im Kampf in der Ukraine auf dem Spiel?

45

In der Ukraine werden zwei miteinander verflochtene, welthistorische Konflikte ausgetragen. Der Ausgang entscheidet über die künftige Weltordnung.



Gespräch mit Alexander Rahr

47

»Dieser Krieg muss beendet werden!« ist die Kernaussage des Russland-Experten und Politikwissenschaftlers in einem Gespräch mit dem ungarischen Portal »Moszkvater«.

Klaus-Jürgen Bruder Die Psycho- technik der neuen Normalität

51

Die Menschen werden durch die Mächtigen nicht mehr als selbstbestimmte Subjekte anerkannt und behandelt. Ihr Verhalten wird zunehmend kontrolliert und gesteuert, ihr Widerstand ausgeschaltet. Dem dienen psychologische Techniken.



Stefan Kreuzberger Der Traum vom grünen Geld

55

Kritische Verbraucher träumen davon, dass ihre Spargroschen die Wirtschaft positiv beeinflussen, sie nach ethischen und ökologischen Prinzipien investieren können und dabei noch eine gute Rendite erzielen. Die Realität sieht anders aus.

Axel Klopprogge Rechts oder links oder was?

58

Medien und Demoskopien scheinen ratlos, wie »die Deutschen« aktuell ticken und warum sie wählen wie sie wählen. Der Ex-Manager glaubt, dass dies auch auf der Uneinsichtigkeit von Eliten basiert und setzt auf das Vertrauen in die Menschen.

Elem Chintsky Der polnische Prometheus

68

Die Wahlen zum polnischen Sejm werden auch die Grundsatzfrage beantworten, wie Warschau auf die weiteren Geschehnisse Europas Einfluss nehmen wird. Welche Ideologie und welche historischen Erfahrungen treiben das heutige Polen?

Jule von Lewitz Eine schrecklich nette Familie – die Bidens

73

Für Vater und Sohn Biden wird es eng, wenn die Untersuchungen des US-Kongresses noch tiefer in der »schmutzigen Wäsche« der »First Family« wühlen.

Die Partei *Die Basis* im Interview

74

Die Partei *Die Basis* entstand während der Corona-Maßnahmen-kritischen Proteste. Wo steht die Partei heute? *Hintergrund* fragte am Rande des Bundesparteitages in Bonn nach.

Tilo Gräser Die Weltmächte im Hintergrund

Buchtipps
77

Helge Buttkereit Ein Mann der Tat

78

Johann Georg Elser tat, worüber andere nur sprachen. Er wollte den Krieg verhindern und ließ am 8. November 1939 eine Bombe hochgehen. Aber der Adressat des Attentats entging dem Anschlag. Adolf Hitler überlebte.

Andreas Peter Sport und Macht

80

Ein Kuss bei der Siegerehrung der Frauen-Fussball-WM brachte diesen Sport in Wallung. Und sei es nur für den Anfang.

Chronik

81

Termine

82

Impressum

83



© Tilo Gräser

Editorial

Am 3. Oktober 2023 jährte sich der Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland zum 33. Mal. Ein Tag mit staatstragenden Reden und Wiederholungen von Dokumentationen. Aber auch mit besorgten Fragen, warum sich auch Ostdeutsche, die die DDR wegen ihres Alters nie erlebt haben, als Bürger zweiter Klasse fühlen. Die einen können nicht verwinden, dass es die DDR überhaupt gegeben hat. Die anderen wollen nicht länger hinnehmen, dass die DDR auf SED, Mauer und Stasi reduziert wird. Wir wollen in dieser Ausgabe kontroverse Antworten anbieten auf die Frage »Was bleibt von der DDR?« Wir haben versucht, Sichtweisen mehr Raum zu geben, die »bei den Anderen« selten oder gar nicht vorkommen, bieten Hintergrundartikel, damit ein vollständigeres Bild im Vordergrund stehen kann. Mit Gregor Gysi haben wir über das Rechtssystem der DDR geredet. Yana Milev berichtet über den »Vollstreckungsfeldzug der Treuhandanstalt«. Auszüge aus dem Buch »Das RAF-Phantom« werfen einen Blick zurück auf die Ermordung des Treuhand-Chefs 1991. Stefan Bollinger erklärt, »warum die DDR nicht stirbt«. Dietmar Koschmieder erzählt aus der Geschichte der Tageszeitung *Junge Welt* und der frühere stellvertretende DDR-Generalstaatsanwalt Hans Bauer schreibt über seine Sicht auf das DDR-Recht. Anlass zur Debatte dürfte auch der Essay von Axel Klopprogge »Rechts oder links oder was« geben. Zum Thema Ukraine interviewten wir die ehemalige ARD-Korrespondentin in Moskau, Gabriele Krone-Schmalz. Das nächste Heft mit dem Schwerpunktthema Medien und Manipulation erscheint Mitte Dezember. *Wir wünschen interessante Lesestunden.*
Die Redaktion



© picture-alliance / ZB | Hubert Link

Vollstreckungsfeldzug der Treuhandanstalt

Die Beutegut-Politik der Bundesregierung im Beitrittsgebiet

VON YANA MILEV

Seit Anbeginn des Wirkens der Treuhandanstalt (THA) im Beitrittsgebiet ranken sich Mythen um die Behörde, die sich aufgrund einer exzellenten Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der

Bundesregierung bis heute halten. Unter anderen lautet ein Mythos, dass die THA eine durch den letzten DDR-Ministerpräsidenten Hans Modrow gegründete Gesellschaft sei, oder ein weiterer Mythos,

die THA habe völlig überstürzt und planlos agiert, da es für den Umbau einer Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft kein Vorbild gab. Die Autorin räumt mit diesen und anderen Mythen auf.

Der Mythos von der »Eile«

Mit dem 1. Januar 1995 wurde aus der Treuhandanstalt (THA) die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS). Die BvS arbeitete ihre Aufgaben, die hauptsächlich die Bereiche Reprivatisierung, Vertragsmanagement, Abwicklung, ökologische Altlasten und Verwertung von ehemals volkseigenem land- und forstwirtschaftlichen Vermögen betrafen, zügig ab und schloss zum 31. Dezember 2003 ihre letzte Dienststelle.

Im November 2003 gab die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben einen Abschlussbericht heraus. Auf einer Pressekonferenz zum Abschlussbericht verteidigte der BvS-Präsident Hans H. Schroeder-Hohenwarth die Arbeit der BvS: »Weder die THA noch die BvS haben je für sich in Anspruch genommen, die wirtschaftlichen Folgen von 40 Jahren SED-Diktatur zu beseitigen.«¹ Dies wäre allerdings auch nicht die Aufgabe der THA/BvS gewesen, sondern vielmehr, »die vorgefundene Wirtschaftsstruktur systemgerecht für die Wettbewerbswirtschaft herzurichten.«² Denn die THA beseitigte gekonnt und großzügig die Konkurrenz in den neuen Bundesländern, deckte Subventionsbetrug, das heißt das Abziehen von Sanierungsfördermitteln in die West-Konzerne, und ließ den Osten schlicht ausbluten – mit der Begründung eines gewissen Beendigungsdrucks.

»Aus heutiger Sicht sei der »Beendigungsdruck«, der auf der Treuhand bis 1994 lastete, »zu stark gewesen.«

Bei einer langsameren Abwicklung wären eventuell höhere Erlöse erzielt worden. Dennoch habe der Prozess »eine gewisse Zwangsläufigkeit« gehabt. Alternativen hätten theoretisch, nicht aber praktisch zur Verfügung gestanden.«³

Der BvS-Chef nahm auch Stellung zur »Kriminalitätsdurchsuchung«, wie er das illegale Verschleudern von THA-Vermögen nannte. Die Rate der Ermittlungsverfahren sei mit einem Prozent der Mitarbeiter nicht höher gewesen als in normalen West-Unternehmen. Laut Abschlussbericht kam es bis Mai 2000 zwar zu 219 staatsanwaltlichen Ermittlungen, aber nur in 24 Fällen zu Verurteilungen, so die Bilanz. Die Vereinigungskriminalität der THA zwischen 1990 und 1994 sei also ganz normaler großkapitalistischer Unternehmensalltag gewesen, wie der BvS-Präsident konstatierte.

Der Mythos von der »überforderten Behörde«

Die bis heute in ihrem Umfang noch nicht zutage geförderte Vereinigungskriminalität stand in einem kalkulierten Wettlauf mit der Zeit und im Schutz von umstrittenen Verjährungsregelungen, die kurzfristig erlassen wurden, sowie eines Cash-Management-Systems, das ebenfalls kurzfristig eingerichtet wurde. »Dies führte bis zu Zweifeln an der Verfassungsmäßigkeit der Rechtsvorschriften«⁴, wies die Kriminologin Barbara Bischoff nach.

Das Tempo und der Verkaufszwang waren strategisch bewusst eingesetzt. Denn hätte man sich auf ein angemessenes Tempo geeinigt, wäre eine Vereinigungskriminalität in diesem Umfang nicht geglückt. Subventionsbetrug, Schmiergeldaffären und groß angelegte Deals konnten nur in der Kürze der Zeit durchgewunken werden. Die Zerschlagung von Betrieben, die Vernichtung von Produktivvermögen, das systematische Ausbluten einer industriesoziologischen Infrastruktur und die millionenfachen Menschenrechtsverletzungen an den Neubürgern gelangen nur in der gebotenen »Eile«. Gedeckt wurde das eilige Unterfangen durch die Bundesregierung. Einer Strafverfolgung vereinigungsbedingter Wirtschaftskriminalität wurde durch die Verjährungsgesetze, die kurz nach der »Wiedervereinigung« erlassen wurden, vorgebeugt. Für das Wirken der THA wurden drei Verjährungsgesetze erlassen. Das erste am 26. März 1993, das zweite am 27. September 1993 und das dritte am 31. Dezember 1997.

Eine Verfolgungswahrscheinlichkeit wurde durch eine akute Überforderung des Strafverfolgungssystems in den ersten Jahren nach der »Wiedervereinigung« erheblich minimiert. Hinzu kommen die ebenfalls beschleunigten Verjährungsfristen, die in den genannten drei Verjährungsgesetzen festgelegt wurden.

In der »Beschlussempfehlung und Bericht des 2. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 GG des Deutschen Bundestages zur Untersuchung der Vereinigungskriminalität im Rahmen der THA-Politik vom 28. Mai 1998« wurde ebenfalls das Tempo als bewusst eingesetzte Strategie hervorgehoben:

»Das Tempo der Eigentumstransformation hatte zwei Effekte. Auf der einen Seite konnten die westdeutschen Großunternehmen in den Verhandlungen erpresserische Bedingungen diktieren. Nach dem Bericht der Bundesregierung verlangte die BVV AG (Bremer Vulkan Verbund AG) den Erwerb zu einem symbolischen Kaufpreis, unbegrenzten Ausgleich aller Verluste bis zum Abschluss der Umstrukturierungsphase, Cash-Beträge der THA zum Eigenkapital, zu den Investitionen und zu den Sozialplänen, die Fälligkeit der Cash-Beträge bei Vertragsabschluss, unabhängig vom Zeitpunkt des Geldbedarfs.«⁵

Es lässt sich festhalten, dass nicht die Treuhandanstalt überfordert war, sondern das Strafverfolgungssystem, das durch die eiligen Verjährungsgesetze zudem ausgebremst wurde.

Der Mythos von der »planlosen Behörde«

Der Umbau vollzog sich in überstürzenden Zeitabläufen, räumte auch der Berliner Kriminologe Heinz Jankowiak ein: »Diese radikale Systemtransformation im Ostteil des Landes war ein vielfach ungeregelt ablaufender Prozess und bot den Wirtschaftskriminellen alle Möglichkeiten, bestehende Lücken in Gesetzen, in sich erst strukturierenden Verwaltungsapparaten und in personell völlig unterbesetzten Kontroll- und Sanktionsinstanzen auszunutzen und kriminelle Gewinne in bis dahin unvorstellbarer Größe zu erzielen«⁶, so Jankowiak in einer Bilanz zur Regierungs- und Vereinigungskriminalität.

Aber nicht nur die sogenannte »Eile« war für die erfolgreiche Durchsetzung und Deckung von vereinigungsbedingter Wirtschaftskriminalität entscheidend, sondern auch deren gesetzliche Deckung, die in einem Chaos an nicht vorhandenen beziehungsweise dysfunktionalen internen und externen Kontrollinstitutionen lanciert werden konnte. Hierzu schrieb die Kriminologin Bischoff:

»Beachtet man die Entwicklung der externen und internen Kontrolle der Privatisierungstätigkeit, so lässt sich [...] feststellen, dass die diversen Kontrollinstitutionen nach der Wiedervereinigung erst langsam auf- und ausgebaut wurden und andererseits diese Kontrolle wieder von dem Zeitpunkt an abgebaut wurde, in der auch die operativen Geschäfte der THA [...] zurückgingen.«⁷

»Die Treuhandanstalt betrieb eine seit 1952 geplante und ab 17. Juni 1990 konkret umgesetzte Annexionspolitik in der DDR.«

Mit anderen Worten agierte die **THA** weitestgehend ohne jegliche Kontrolle, das heißt im rechtsfreien Raum.

Zudem hätte es »Planungen für eine deutsche Wiedervereinigung und entsprechende Vorbereitungen auf eine Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion nicht gegeben«⁸, was völlig unwahrscheinlich ist, wie in dem Band »Exil« im Kapitelpunkt 4 »Die geplante Operation X«⁹ nachgewiesen wird. Gleich wie Jankowiak argumentieren bis heute Auftragshistoriker der politischen Bildung: Die Treuhandanstalt sei überfordert gewesen, vor allem weil es keine Planungen zur Umwandlung der Planwirtschaft in die Marktwirtschaft gegeben hätte. Das ist schlicht falsch und eine politische Lüge.

Die Wahrheit ist: Die **THA/BvS** ist per Gesetz vom 17. Juni 1990 die Nachfolgerin des »Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands«, gegründet 1952, und nicht, wie immer wieder behauptet wird, die Nachfolgerin der Treuhandanstalt der Modrow-Regierung, gegründet im März 1990. Die **THA** betrieb eine seit 1952 geplante und ab 17. Juni 1990 konkret umgesetzte Annexionspolitik in der DDR.

Die Organisation des »Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands«, die zwischen 1952 und 1975 unter der Leitung von Friedrich Ernst stand, der im **NS**-Regime ab Anfang 1940 als Reichskommissar für die Behandlung feindlicher Vermögen beauftragt war, ging nach ihrer Auflösung nahtlos in die »Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen« über. Die Forschungsstelle wurde dann mit der Inbetriebnahme der Treuhandanstalt per 1. Juli 1990 obsolet und aufgelöst. Die Planung des Tages X, an dem die Annexionspolitik der

»feindlichen Vermögen« im Osten ihren Sieg feiern könne, wurde 1953 von Ludwig Erhard in dem **ZEIT**-Artikel »Keine Angst vor dem Tag X. Probleme der Wiedervereinigung«¹⁰, unverblümt veröffentlicht.

Die Verabschiedung des Treuhandgesetzes am 17. Juni 1990 (Gesetz zur Privatisierung und Rückübertragung des volkseigenen Vermögens) war der entscheidende Etappensieg der Annexionsplaner, zusammen mit der Aufhebung der **DDR**-Verfassung am gleichen Tag per Erlass des Verfassungsgrundsatzgesetzes. Der in der **BRD** seit dem 17. Juni 1954 bestehende Nationalfeiertag der Deutschen Einheit fand am 17. Juni 1990 seinen siegreichen Höhepunkt. In einer Gedenkveranstaltung der Abgeordneten des Bonner Kabinetts und der »Volkskammer« wurde der Erfüllung des Annexionsplanes im Konzerthaus am Gendarmenmarkt feierlich gedacht, denn das Verfassungsgrundsatzgesetz war das eigentliche Ermächtigungsgesetz, das der **BRD** fortan Hoheitsrechte über die **DDR** gab, wie auch das Recht, ihre Einrichtungen auf dem Gebiet der **DDR** zu installieren.

Zu diesen Einrichtungen gehörten das bundesdeutsche Bankensystem, das bundesdeutsche Justizwesen, die Treuhandanstalt mit Niederlassungen in allen 15 Industriebezirken der **DDR**, der vom Bundesminister für Finanzen (**BMF**) Theo Waigel eingesetzte Leitungsausschuss mit deutschen und internationalen Wirtschaftsprüfern und Unternehmensberatern sowie der Verwaltungsrat der **THA**, bestehend aus beratenden Politikern der Bundesregierung in den neuen Bundesländern. Damit wurde planmäßig am 17. Juni 1990 die **DDR** der **BRD** überlassen. Die Entscheider waren die vom Bonner Kabinett in der »Allianz

für Deutschland« vereinigten **DDR**-Theologen und das **CDU**-Kabinett selbst.

Der Mythos von der »grenzenlosen Freiheit«

Mit der Inamtbringung der »Allianz für Deutschland« durch die Wahl am 18. März 1990 gelang es dem Kohl-Kabinett, seine »Partner« im verfassungs- und staatsrechtlichen Herzen der **DDR**, der Volkskammer, aktiv werden zu lassen. Diese »Partner« haben zwischen März und Oktober 1990 zwölf Gesetze ausgefertigt und verabschiedet, darunter das Gesetz zur sofortigen Einführung der D-Mark mit dem Argument: Der **DDR** geht die Bevölkerung verloren. Nur die D-Mark kann die Massenabwanderung stoppen!¹¹

Mit der Einführung der D-Mark am 1. Juli 1990 wurde die **DDR** zur insolventen GmbH erklärt und die **THA** nahm ihren Betrieb als Vollstreckerin und Liquidatorin auf. Der tatsächliche Grund für die Währungsunion waren nicht die Massenfluchten aus der **DDR** in die **BRD**, sondern die sofortige Insolvenzsetzung der **DDR**-Wirtschaft als Vorbedingung für ihre Liquidation durch die **THA** und als Vorbedingung für eine immense Selbstbereicherung der West-Konzerne. Aber dieses Argument bleibt bis heute unausgesprochen.

Die Herstellung, Bewerbung und Instrumentalisierung einer Flüchtlingssituation aus der **DDR** in die **BRD** diente lediglich als Legitimierungsnarrativ zur Einführung der D-Mark, als Legitimierungsnarrativ zur Vernichtung der Planwirtschaft sowie als Legitimierungsnarrativ der Konjunktur billiger

- 1 Uwe Witt, *Jetzt wird auch der Abwickler abgewickelt*, *Neues Deutschland*, 20.11.2003, In: www.neues-deutschland.de/artikel/44739.jetzt-wird-auch-der-abwickler-abgewickelt.html
- 2 Ebd.
- 3 Ebd.
- 4 Barbara Bischoff, *Die Stabsstelle Besondere Aufgaben bei der Treuhandanstalt. Ein funktionales Konzept zur Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität*, Waxmann, Münster, New York, 2016, S. 95.
- 5 Beschlussempfehlung und Bericht des 2. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes, Deutscher Bundestag – 13. Wahlperiode, Drucksache 13/10900, 28. Mai 1998, Bonn.
- 6 Heinz Jankowiak, *Regierungs- und Vereinigungskriminalität. Bilanz nach zehn Jahren Wiedervereinigung*, in: *Neue Kriminalpolitik* 12, Heft 2, Berlin, 2000, S. 12-15.
- 7 Barbara Bischoff, *Die Stabsstelle Besondere Aufgaben bei der Treuhandanstalt*, a.a.O., S. 103-104.
- 8 Heinz Jankowiak, *Regierungs- und Vereinigungskriminalität*, a.a.O., S. 12-15.
- 9 Yana Milev, *Die geplante Operation X: Annexion «Feindlicher Vermögen» in den Ostländern*, in: *Entkoppelte Gesellschaft – Ostdeutschland seit 1989/90*. Band 3: Exil, Peter Lang, Berlin, 2020, S. 207ff.
- 10 Ludwig Erhard, *Keine Angst vor dem Tag X. Probleme der Wiedervereinigung*, in: *Die Zeit*, 10. September 1953.
- 11 Viktoria Urmersbach, *D-Mark für alle: Zwischen Silvester- und Katerstimmung*, *NDR*, 1.7.2020, In: <https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/wende/Waehrungsunion-1990-Die-D-Mark-kommt-in-die-DDR,waehrungsunion137.html>, Stand vom 18.5.2021.
- 12 *DDR-Regierung zu Gast in Bonn*, Die Bundesregierung, In: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/deutsche-einheit/ddr-regierung-zu-gast-in-bonn-353986>, Stand vom 18.5.2021. Vgl. Ralf Ulrich, *Die Übersiedlerbewegung in die Bundesrepublik und das Ende der DDR*, In: <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/1990/p90-302.pdf>, S. 4, Stand vom 18.5.2021.
- 13 *Übersiedlungen zwischen der DDR und der BRD von 1949 bis 1990*, Statista, In: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/248905/umfrage/uebersiedlungen-zwischen-der-ddr-und-der-bundesrepublik-deutschland/>, Stand vom 18.5.2021.
- 14 Bernd Mertens, *der Zug nach Westen (...)*, BpB, 7.5.2020, In: <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47253/zug-nach-westen>, Stand vom 18.5.2021.
- 15 *Die Millionen, die gingen*, *Zeit Online*, 2.5.2019, In: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-05/ost-west-wanderung-abwanderung-ostdeutschland-umzug>, Stand vom 18.5.2021. Vgl. Stefan Locke, *So profitiert die AfD vom Bevölkerungsverlust im Osten*. In Ostdeutschland haben seit 1990 vier Millionen Menschen ihre Heimat verlassen. Wissenschaftler haben nun erstmals untersucht, welche Folgen die Abwanderung auf politische Strömungen hat, *FAZ*, 21.12.2020, Stand vom 18.5.2021.
- 16 Ralph Hartmann, *DDR-Legenden*, Edition Ost, Berlin, 2009, S.57.
- 17 Michael Schneider, *Die abgetriebene Revolution*, Elefant Press, Berlin, 1990
- 18 Horst Teltschik, *329 Tage. Innenansichten der Einigung*, Siedler Verlag, 1992

Arbeitskräfte im Westen. Die Eins-zu-eins-Währungsumstellung entsprach einer Schockstrategie, die neue Flüchtlinge und somit neues Humankapital für die Billiglohnssektoren im Westen generierte. Die Gründe für die Währungsunion waren in der langfristigen Annexionsplanung angelegt. **12, 13, 14, 15**

Die Einführung der D-Mark in der DDR hatte den koordinierten Ausreisestrom nicht gestoppt, sondern stabilisiert. Damit wurde ein ab den 1980er Jahren verzeichneter deutlicher Rückgang der Quote an erwerbstätigen Ausländerinnen und Ausländern in der BRD aufgebessert. Die Währungsunion war eine Schockstrategie, die das gewünschte Gegenteil bewirkte – einen Aufschwung an Arbeitskräften in den Altbundesländern bei gleichzeitiger Insolvenzzsetzung des Territorialgebietes der DDR zur Restitution sogenannter unrechtmäßiger Vermögensverluste der Alteigentümer ab 1945 in der SBZ/DDR und zur Wiederherstellung ordentlicher Privatverhältnisse nach dem Rechts- und Sozialprinzip der BRD. Das für den per 1. Juli 1990 in Gang gesetzte, für den Vollstreckungsfeldzug notwendige Gesamtvollstreckungsgesetz wurde bereits zehn Tage vor dem Privatisierungsgesetz von der »Volkskammer« beschlossen.

Der Mythos von der »maroden DDR-Wirtschaft«

Die Bilanz der Schulden, die von der THA 1994 auf eine dreistellige Milliardenhöhe beziffert wurde, ist das Ergebnis der geplanten und gedeckten Vereinigungskriminalität, von Verkaufszwang und »Eile«, die

kriminellen Machenschaften in die Hände spielten und die von der Bundesregierung juristisch gedeckt wurden. Sie sind nicht das Ergebnis der »maroden DDR-Kommandowirtschaft«, wie es fortan in der politischen Bildung hieß. Es handelt sich bei der Schuldsomme um auf die Konten der Konzernverbände »umgeleitete« Sanierungssubventionen, was mit massenhaftem Unterwertverkauf verdeckt wurde.

Darüber hinaus wurden auch noch die Rücklagen der DDR-Betriebe von den Konzernverbänden abgezogen, so durch Insolvenzklagen und Vermögen aus Parteien und Organisationen konfisziert. Die kapitalen Kriminalfälle, lange auch als Prestigeobjekte der »Wiedervereinigung« von der Bundesregierung in der Öffentlichkeit verkauft, sind bis heute nicht aufgearbeitet. Dazu gehören der »Schucht-Deal«, der »Petram-Deal«, der »Steger-Deal« oder der »Hennemann-Deal«. Hinzu kommt, dass ein Großteil der Treuhandakten noch bis 2031 unter Verschluss sein wird. Laut Bericht des Bundestages wurde die Führungsebene der THA von der Haftung für grobe Fahrlässigkeit bis 1993 freigestellt sowie von der Haftung für leichte Fahrlässigkeit bis 1994. Danach griffen die Verjährungsgesetze.

Die »marode DDR-Wirtschaft« wurde zum beliebtesten Mantra in den Medien und in der politischen Bildung. Niemand fragte nach, wie marode eigentlich die BRD-Wirtschaft zum Zeitpunkt der Liquidation und Annexion der DDR wirklich war. Niemand sprach von den Pleiteskandalen beispielsweise einer Bremer Vulkan (BVG AG) oder einer Hessischen Kali + Salz AG. Niemand sprach von millionenfacher Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg zur gleichen Zeit im Westen. Niemand sprach von

den gemeinsamen Geschäften zwischen den Wirtschaftslobbys Ost und West und den Geheimdienstlobbys Ost und West in den Zeiten des Kalten Krieges. Es wurde getäuscht und getarnt. Mit der Annexion und Liquidation der DDR wurde die Lektion gelernt, dass sich der Kapitalismus nur durch Annexions- und Liquidationspolitik in Fremdgebietern erneuert. Am Ende blieb den Einheitsmachern und ihren Zuarbeitern/Ost nur noch die radikale Entwertung der DDR, um über die kapitale Vereinigungskriminalität hinwegzutäuschen. **16, 17, 18**

Die »Eile« zwischen 1990 und 1995 war Bedingung für die Unkenntlichmachung, also für das gezielte Verschwinden von Kapital, von kriminell abgezogenen und veruntreuten Subventionsmitteln in dreistelliger Milliardenhöhe, durch deren Umleitung auf die Konten der Konzernvorstände. Sie begünstigte das Vorgehen zwischen provisorischen Gesetzen für ein unkontrolliertes automatisches Cash-Management und einem Verjährungsgesetz für Kapitalverbrechen, um von zwei Enden her die Vereinigungskriminalität auf Regierungsebene zu decken. Mit dem Ende der THA/BvS galt die Währungs- und Wirtschaftsunion, quasi die Annexionsplanung, als abgeschlossen. Es begann nun der dritte Teil des ersten Staatsvertrages – die Sozialunion in der Ära Schröder. ■

PD DR. YANA MILEV, geboren in Leipzig, ist habilitierte Kultursoziologin, promovierte Kulturphilosophin, Ethnographin und Kuratorin. Sie initiierte 2017 das Forschungsprojekt »Entkoppelte Gesellschaft – Ostdeutschland seit 1989/90«, das auf mehrere Bände angelegt ist, die seit 2018 vom Internationalen Wissenschaftsverlag Peter Lang publiziert werden.